

Faire Bezahlung im öffentlichen Dienst - gerissene Löcher müssen gestopft werden

Die scheidende rot-grüne Landesregierung hat im letzten Jahr auf dbb-Druck hin endlich die unsägliche „5x1 %“ Deckelung von Besoldung und Versorgung im öffentlichen Landes- und Kommunaldienst nach drei Jahren gekippt. 2015 und 2016 wurde das Tarifergebnis für die Arbeitnehmer des öffentlichen Landesdienstes voll für die Beamten und Versorgungsempfänger übernommen.

Auf diesem mühsamen Schritt in die richtige Richtung darf sich die künftige Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz aber nicht ausruhen. Schon gar nicht darf sie die alten Sünden wiederholen.

Wir rufen in Erinnerung Während der Jahre 2007 und 2008 gab es jeweils Mini-Anpassungen der Besoldung für 4/5 der Betroffenen um jeweils nur 0,5 Prozent sowie Nullrunden in der Versorgung für 4/5 der Betroffenen und später die katastrophale 1%-Regelung 2012-2013-2014. Allein daraus ergibt sich ein Abhängen der Beamtenbesoldung um sechs Prozent, und weitere über 60 Kürzungen und Einschnitte seit 1997 kommen noch dazu.

So dürfen Dienstherr und Besoldungsgesetzgeber mit gutem, leistungsstarkem Personal nicht umgehen.

Die zeit- und inhaltsgleiche „1:1“-Übernahme der Tarifergebnisse des öffentlichen Landesdienstes ist eine pure Selbstverständlichkeit. Dies ist eine Bringschuld, die Politik muss liefern!

In Zeiten erschwerter Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst mit immer komplexeren Aufgaben braucht es darüber hinaus zusätzlich dringend weitere Verbesserungen bei der Bezahlung und anderen Beschäftigungsbedingungen, etwa bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Denn sonst kommen keine Bewerber mehr, und das vorhandene Personal reagiert frustriert.

Der Besoldungsrückstand von sechs Prozent ist in zügigen Schritten abzubauen. Sonntagsreden zur Wertschätzung reichen nicht. Taten müssen folgen. Sonst droht ein kapitaler Fehlstart der neuen Koalition im Feld des öffentlichen Dienstes.

Wir fordern die „Ampel-Koalition“ auf, entsprechende Mittel in die Finanzplanung für die Legislaturperiode einzubeziehen und mit uns in Gespräche um die Zukunft des öffentlichen Dienstes einzutreten.